

# KiBiz bleibt. Mit Schwächen.

## Gesetzesreform kratzt an der Oberfläche

**Nach zwei millionenschweren Rettungspaketen hat die schwarz-gelbe Landesregierung nun endlich den lange angekündigten Entwurf zur Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) vorgelegt.**

Damit kommt zwar Bewegung in einen festgefahrenen Prozess, der die frühkindliche Bildung an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gedrängt und diesen manchmal auch überschritten hat. Allerdings bleiben die Pläne von NRW-Familienminister Joachim Stamp hinter den Erwartungen zurück. Eine grundlegende Revision des KiBiz findet nicht statt.

### Mehr Geld ist nicht mehr Geld!

Zusätzliche 1,3 Milliarden Euro jährlich lassen Bund, Land und Kommunen in die frühkindliche Bildung in NRW fließen.

Versprochen wird dadurch ein Qualitätsschub, da zukünftig die Einrichtungen mehr Geld und mehr Personal erhalten würden. Allerdings reichen die Erhöhungen gerade einmal aus, Kostensteigerungen zu kompensieren. Damit ist ein solcher Schub nicht möglich. So können wir nur den Status quo verwalten.

### Verwaltungskosten reichen nicht aus

Zwar beabsichtigt die Landesregierung, den Finanzrahmen, in dem nachgewiesene Verwaltungskosten (Personal-, Finanz- und Betriebskostenverwaltung) bislang abgerechnet werden konnten, von bis zu zwei auf bis zu drei Prozent zu erhöhen. Gleichwohl ist diese einprozentige Steigerung nur ein Tropfen auf den heißen Stein! Denn erforderlich sind fünf bis sechs Prozent Erhöhung, damit die die Verwaltungskosten nicht zulasten der Einrichtungen gehen. Ähnlich problematisch verhält es sich bei den Sachkosten, bei denen neben den Indexsteigerungen in den letzten Jahren nicht die zusätzlichen Kosten z.B. für Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit, Qualitätsmanagement, Datenschutz, Hygiene usw. berücksichtigt wurden. Diese Refinanzierung geht dann zu Lasten der Qualität!

### Ungerecht: Gebühren-Flickenteppich

Auch wenn das Land NRW nun Bundesmittel in die Hand nimmt, um Eltern für ein zusätzliches Kita-Jahr von den Gebühren zu befreien, bleibt der sozial ungerechte Flickenteppich an Kita-Gebühren in NRW erhalten. Für die gleiche Leistung werden die Eltern in NRW finanziell unterschiedlich zur Kasse gebeten. Dies betrifft gering und gut verdienende Eltern gleichermaßen. Entscheidend für die finanzielle Mehrbelastung ist also nicht mehr nur das

Einkommen, sondern vor allem der Wohnort. Leider hat die NRW-Landesregierung jedoch nicht den Mut, diese soziale Schieflage bei den Kita-Beiträgen zu beseitigen und eine landesweit einheitliche und sozial gestaffelte Beitragsordnung einzuführen.



KiBiz-Reform: Es bleibt zum Haare raufen!  
(Foto: O. Pohl)

### Nur eine Übergangsreform?

Einen Systemwechsel leitet die Reform nicht ein. Sie verwaltet den Status quo. Und das ist zu wenig, um die frühkindliche Bildung langfristig aufzuwerten und das dringend erforderliche Personal für die Bildungsleistung in der Kita zu gewinnen. Der Wettbewerb um die besten Konzepte im Landtagswahlkampf 2022 ist somit eröffnet.

### Die AWO Niederrhein fordert...

- die Verwaltungskostenpauschale auf mindestens fünf Prozent anzuheben!
- sozial gestaffelte, landesweit einheitliche Elternbeiträge zu schaffen!
- dem Fachkräftemangel durch eine gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung des Erzieher\*innen-Berufes endlich zu begegnen!
- perspektivisch die Abkehr von den Kindpauschalen hin zu einem Sockelmodell, das gleichzeitig Qualitätssteigerung in der Betreuung und die finanzielle Aufwertung des Personals ermöglicht!